

23.01.2015 – PM 2/2015

Handwerkerbonus

IG BAU: Pläne der Regierung leisten Schwarzarbeit Vorschub

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) lehnt Einsparungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerksleistungen entschieden ab. „Die Pläne der Bundesregierung stellen eine Beihilfe zur Schwarzarbeit dar und sind ein Schlag ins Gesicht der Handwerksbetriebe“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Die geltende Regelung wurde zur Eindämmung der Schwarzarbeit eingeführt und hat sich bewährt. Eine Rolle rückwärts kann nicht im Interesse des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble liegen. Nicht umsonst beteiligt sich sein Ministerium an Branchenbündnissen gegen Schwarzarbeit. Die IG BAU hat erst vor einem Monat für das Gerüstbau-Handwerk ein weiteres Aktionsbündnis dieser Art in den Räumen des Bundesfinanzministeriums unterzeichnet. Der jetzige Vorschlag untergräbt die Glaubwürdigkeit solcher Vereinbarungen.“

Laut Medienberichten plant die Bundesregierung, beim sogenannten Handwerkerbonus Kürzungen vorzunehmen. Derzeit können Privatpersonen ihre Steuer um 20 Prozent der an Handwerker bezahlten Arbeitskosten mindern. Der Betrag ist bei 1200 Euro pro Jahr gedeckelt. Damit haben Kunden ein Interesse daran, dass die Leistungen mit Rechnung erbracht werden. Dies könnte sich aber ändern. Denn der absetzbare Betrag soll nun auf 900 Euro begrenzt und nur noch 15 Prozent der Arbeitskosten berücksichtigt werden. Alternativ werde überlegt, bis zu einem Sockelbetrag von 300 Euro gar keine Leistungen mehr anzurechnen.

„Solche Pläne sind geradezu mittelstandsfeindlich. Sie belasten vor allem die kleineren und mittleren Betriebe sowie deren Mitarbeiter“, sagte Schäfers. „Wir brauchen aber mehr Anreize, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung einzudämmen und nicht weniger.“

(1733 Zeichen)